

# Migranten-Ghettos: „Das Dänentum ist in Gefahr!“

Quelle: „privatdepesche“ Nr. 11/18

Die dänische Regierung hat ein umfassendes Maßnahmenpaket gegen die Bildung von Parallelgesellschaften und Kriminalität im Land vorgestellt.

- „Die Ghettos müssen weg“, erklärte der dänische Ministerpräsident Lars Lokke Rasmussen (53). „Ein Dänemark ohne Parallelgesellschaften — keine Ghettos im Jahr 2030“, lautet offiziell der Plan der dänischen Regierung.

Auf einer Pressekonferenz in der Kopenhagener Siedlung Mjølnerparken erklärte Rasmussen zu den Ghettos, zu denen auch Mjølnerparken zählt:

- ❖ „Wenn Sie hier aufwachsen, haben Sie weniger Chancen im Leben, als wenn Sie woanders aufwachsen.“ Aufgrund der Ausbreitung von Parallelgesellschaften sei es bereits „fünf vor zwölf“. Das „Dänentum ist in Gefahr“, prophezeit Rasmussen.

Noch Anfang der 1980er-Jahre lag der Anteil nicht-westlicher Migranten in Dänemark bei einem Prozent. Inzwischen sind es 8,5 Prozent — rund eine halbe Million Menschen. Darin sieht Rasmussen eine Herausforderung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, etwa wenn es um die „Freiheit“ geht.

Um Ghettos auszutrocknen, sollen kriminelle Vergehen in manchen Ein-Wanderer-Stadtteilen schärfer bestraft werden als im Rest des Landes. Zum Vorwurf, dass die Regierung das Prinzip der juristischen Gleichbehandlung außer Kraft setze, erklärte Rasmussen: „Das erkenne ich uneingeschränkt an.“

Einwandererfamilien werden ferner künftig gezwungen, ihre Kinder in die Tagesbetreuung zu geben. Schulen dürfen sich demnach künftig ihre Schüler selbst auswählen, was den Migrantenanteil an Problemschulen senken soll. Zudem soll der Zuzug in die ghettoisierten Gebiete stärker von der Regierung reglementiert werden. Einwanderer, die Integrationsleistungen beziehen, dürfen dann nicht mehr dorthin ziehen. Auch der Abriss von Gebäudekomplexen ist Teil des Maßnahmenpakets.

Laut der dänischen Regierung spielt bei der Entstehung sozialer Brennpunkte auch die mangelhafte Integration „nicht-westlicher Migranten“ eine entscheidende Rolle. Welche Straftaten in Zukunft der „angemessenen Diskriminierung“ zugeführt werden, soll in einem parlamentarischen Prozess geklärt werden. Vor allem soll es jedoch um Delikte wie Drogenhandel, Einbruch und Vandalismus gehen.

Laut einer von der Regierung in Auftrag gegebenen Studie leben 74.000 Menschen in dem 5,7 Millionen Einwohner zählenden skandinavischen Land in Parallelgesellschaften. Nach offiziellen Angaben existieren in Dänemark 22 Ghettos. Die Zahl geht auf eine sogenannte „Ghettoliste“ des dänischen Verkehrs-, Bau-, und Wohnungsministeriums zurück, die diese seit dem Jahr 2010 führt.

Nicht alle Ghettos sollen jedoch zu neuen sogenannten „Strafzonen“ mit doppeltem Strafmaß werden. Die entsprechende Entscheidung soll von den lokalen Polizeichefs getroffen werden, berichtet die dänische Zeitung »Berlingske Tidende«. Um als dänisches „Ghetto“ zu gelten, müssen offiziell drei von fünf Kriterien erfüllt sein. Die Gebiete müssen mehr als 1.000 Einwohner haben, eine hohe Arbeitslosigkeit, eine

hohe Anzahl von Bewohnern mit nicht-westlichem Hintergrund, eine hohe Kriminalitätsrate sowie niedrige Ausbildungs- und Einkommensniveaus aufweisen.

Die Zustimmung der Opposition hat Rasmussen für diese Maßnahmen. *Trine Bramsen* (36) von den Sozialdemokraten erklärte, der neue juristische Ansatz sei „vernünftig“. Ginge es nach den dänischen Genossen, würde das Stellen von Asylanträgen im Land gänzlich abgeschafft und nur noch in von Dänemark geführten Lagern in Nordafrika möglich sein.

Bis spätestens Frühjahr 2019 muss *Rasmussen* Neuwahlen ausschreiben. Seine bürgerliche Partei „*Venstre*“ liegt in Umfragen klar hinter den Sozialdemokraten. Die Vorsitzende der Sozialdemokraten *Mette Frederiksen* (40) sieht ihre Partei in einer „*Wertegemeinschaft*“ mit der rechtsgerichteten *Dänischen Volkspartei* (DF), die seit Jahren den Takt in der dänischen Einwanderungspolitik bestimmt. Dänen haben eben kein anerzogenes „*Volkstrauma*“, sondern notwendigen gesunden Nationalstolz.